

**Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches des Forums Menschenrechte
mit Herrn Außenminister Heiko Maas am 3.2.2021**

**Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, FIAN und
Peace Brigades International (PBI) – deutscher Zweig
in Zusammenarbeit mit dem
Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte (NDF)**

Menschenrechte in Nepal in der Corona-Krise

Die Regierung Nepals hatte als eine der ersten in Südasien am 24.3.2020 einen nahezu kompletten nationalen Lockdown angeordnet, der bis 21.7.2020 andauerte. Seither wird die Pandemie mit regionalen Maßnahmen bekämpft.

Recht auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit und Nicht-Diskriminierung

Bereits vor der Krise litten ca. 2,8 Millionen der 28 Millionen Einwohner*innen Nepals unter Unterernährung, zwei Fünftel aller Kinder unter 5 Jahren sind chronisch unterernährt. Bei der Ausrufung des landesweiten *Lockdowns* und der weiter andauernden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat die Regierung Nepals die reale Lebenssituation der Armen und anderer marginalisierter Gruppen nicht angemessen berücksichtigt. Der Lockdown und die Maßnahmen zur Infektionseindämmung haben insbesondere bei vielen Tagelöhner*innen, Wanderarbeiter*innen, Hausangestellten und anderen im informellen Sektor Beschäftigten zu unmittelbarem Hunger geführt, da sie aufgrund des Verlusts ihrer Erwerbsquellen oder Absatzmärkte ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können.

Viele Angehörige marginalisierter Gruppen leiden inzwischen verstärkt unter chronischer Unterernährung. Die staatlichen Lebensmittelhilfen erreichten Berichten unserer lokalen Partnerorganisationen zufolge oft nicht die Bedürftigen und sind in den letzten Monaten häufig ganz ausgeblieben. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen haben eigene Lebensmittelprogramme ins Leben gerufen. Dabei werden sie von staatlicher Seite aber in der Regel nicht unterstützt, und laut Auskunft von lokalen Partnerorganisationen in manchen Fällen sogar in ihrer Arbeit behindert. Außerdem haben viele marginalisierte Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser und Seife und keine Mittel zum Kauf eines Mund-Nasen-Schutzes, so dass sie sich noch weniger vor einer Corona-Ansteckung schützen können als andere Teile der Gesellschaft.

Polizeigewalt und Folter in Polizeigewahrsam

Die Polizei ist nepalesischen Menschenrechtsorganisationen zufolge zur Durchsetzung der Pandemieregeln mit extremer Gewalt und erniedrigenden Praktiken gegen Menschen vorgegangen, die auf den Straßen angetroffen wurden. So mussten sie z.B. stundenlang in der gleißenden Sonne stehen, öffentliche Gymnastikübungen machen oder vor den Füßen von Polizeibeamten kriechen. Dies betraf auch Menschen, die keine feste Behausung haben, ihre Unterkunft in der Stadt verloren hatten und zurück in ihr Dorf laufen mussten, oder die aufgrund chronischer Krankheiten oder der Arbeit wegen in ein Krankenhaus gingen. Bei diesen Polizeiaktionen wurden viele Menschen schwer verletzt und es gab mutmaßlich mindestens einen Todesfall. Außerdem ist Folter in Polizeigewahrsam weiter alltägliche Praxis in Nepal, obschon Folter im neuen Strafgesetzbuch Nepals unter Strafe gestellt ist.

Frauen und Mädchen: mangelnder Zugang zu Bildung und (reproduktiver) Gesundheitsfürsorge, Anstieg von (sexualisierter) Gewalt

Die Anzahl der Fälle von Vergewaltigungen im privaten und öffentlichen Raum, sowie der Fälle sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist laut Berichten unserer Partnerorganisationen vor

Ort seit Beginn der Pandemie stark gestiegen. Gleichzeitig ist es in der Pandemie aufgrund eingeschränkter Bewegungsfreiheit für Frauen noch schwieriger als sonst, Beratungsstellen aufzusuchen oder bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Partnerorganisationen des NDF berichten, dass selbst in den Fällen, in denen Frauen Anzeige erstatten, die Polizei in der Regel die Aufnahme von Anzeigen verweigert, Fälle nicht untersucht und eine weitgehende Straflosigkeit für sexualisierte Gewalt herrscht.

In der Covid-19-Krise hat sich auch die Situation in Bezug auf den Zugang von Frauen zu reproduktiver Gesundheitsfürsorge wesentlich verschlechtert. Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit in Nepal ist seit Beginn der Pandemie stark gestiegen, auch mangelt es derzeit besonders häufig an einem Zugang zu Verhütungsmitteln. Ebenfalls sind die erreichten Erfolge im Bereich der Mädchenbildung in Nepal gefährdet, weil arme Familien, die ihr Einkommen verloren haben, häufig ihre Töchter nicht zur Schule schicken (können).

Menschenrechte von Wanderarbeiter*innen

Vor der Krise reisten täglich bis zu 1200 junge Menschen als Wanderarbeiter*innen aus Nepal in die Golfstaaten, nach Malaysia, Indien und in andere Länder, um durch ihr Einkommen dort ihre Familien in Nepal zu ernähren. Zu Beginn der Pandemie waren Zehntausende von ihnen in ihren Gastländern ohne Arbeit, ohne Obdach und ohne Zugang zum Gesundheitssystem gestrandet. Die notgedrungen nach Nepal zurückkehrenden Wanderarbeiter*innen werden von der Regierung Nepals verpflichtet, sich in staatliche Quarantänezentren zu begeben. Dort gibt es aber aufgrund von starker Überbelegung oft keinerlei Raum für ausreichenden Abstand und keine Testkapazitäten als Schutz vor Covid-19. Menschen in den Quarantäneeinrichtungen berichten außerdem von massiver sexualisierter Gewalt gegen Frauen, da kaum Sicherheitspersonal zu Verfügung gestellt wurde.

Empfehlungen

Wir bitten die Bundesregierung:

- sich dafür einzusetzen, dass die nepalesische Regierung bei der Planung und Umsetzung aller Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie die Menschenrechte auf Nahrung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Nicht-Diskriminierung garantiert und besonders marginalisierte Gruppen der Gesellschaft angemessen und ausreichend unterstützt, sowie für den Verlust ihrer Lebensgrundlagen kompensiert;
- ihre nepalesischen Gesprächspartner*innen aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in der Covid-19-Krise zur Priorität zu machen, Projekte zum Schutz von Frauen und Kindern vor (sexualisierter) häuslicher Gewalt aktiv zu fördern und den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten;
- der nepalesischen Regierung zu empfehlen, dringend die gesetzliche Verjährungsfrist von i.d.R. einem Jahr für Vergewaltigungen abzuschaffen und die im UPR 2015, in CEDAW 2018 und im Juni 2019 von der UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen ausgesprochenen Empfehlungen umzusetzen;
- Nepal darauf hinzuweisen, dass die Polizei Anzeigen den Gesetzen entsprechend aufnehmen und untersuchen muss. Zudem wäre darauf hinzuweisen, dass die nationale Gesetzgebung zu Folter konsequent umgesetzt werden muss, sowie Folter und erniedrigende Praktiken in Polizeigewahrsam beendet werden müssen. Außerdem sollte Nepal das Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folterkonvention (*Optional Protocol, Convention against Torture, OP-CAT*) unterzeichnen und ratifizieren;
- die Mitgliedschaft Deutschlands in der Impfstoffplattform COVAX und in anderen multilateralen und internationalen Gremien weiter proaktiv zu nutzen, um sich weltweit für einen transparenten und fairen Zugang zu Impfstoffen gegen Covid-19 einzusetzen.